

Aus: **Ausgabe vom 20.09.2017**, Seite 3 / Schwerpunkt

» Wie mit Besen und Zauberlehrling « Ohne die CDU keine AfD. In Sachsen werden die Verflechtungen besonders deutlich. Ein Gespräch mit Klaus Bartl

Interview: Markus Bernhardt



Wahlkampf in Sachsens Landeshauptstadt Dresden: Konservativ-autoritärer Stil der faktischen Staatspartei CDU

Foto: Thomas Peter/Reuters

Klaus Bartl ist verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und Vorsitzender des dortigen Verfassungs- und Rechtsausschusses

Seit der letzten Landtagswahl 2014 sitzt die AfD in Fraktionsstärke im sächsischen Landtag. Nicht nur hier versucht die Partei sich als Anti-Establishment-Partei zu inszenieren. Entspricht das der Realität?

Ein Blick auf ihr Spitzenpersonal gerade in Sachsen zeigt, dass dem nicht so ist. Die sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Frauke Petry war vor ihrer politischen Karriere eine

mehrfach dekorierte Unternehmerin, unter anderem erhielt sie die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik. Der Generalsekretär der sächsischen AfD, Uwe Wurlitzer, war langjähriger Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten und früheren Justizministers Manfred Kolbe. Der erste Geschäftsführer der AfD-Fraktion Michael Muster war 1991 bis 2009 Abteilungsleiter im sächsischen Finanz- bzw. Justizministerium und galt als Intimus von Kurt Biedenkopf. Zum Gründungspersonal der Sachsen-AfD gehört auch Georg Metz, der Sohn des sächsischen Finanzministers unter Georg Milbradt, Horst Metz. Zum illustren AfD-Personal gehört auch ein früherer parlamentarischer Staatssekretär der ersten CDU-Regierung. Vertreten in der sächsischen Premierenfaktion der AfD ist auch die Justiz, etwa mit Stefan Dreher, Richter am Landgericht Dresden, der allerdings sein Mandat 2015 aus privaten Gründen niederlegte.

Wie erklären Sie sich, dass die AfD derart viel Zuspruch vom Justizapparat und im politischen Umfeld der CDU erhält?

Im Hinblick auf die CDU ist die AfD zu großen Teilen Fleisch vom Fleische der Christdemokraten. Insbesondere Angehörige der sogenannten »Stahlhelm-Fraktion«, also des nationalkonservativen Flügels der Union, ob nun als Funktionäre, Mitglieder oder Wähler, sind zu ihr übergelaufen. Das hat auch mit machttaktischen Entscheidungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu tun. Diese hat, um neue Wählerschichten zu erschließen, oberflächliche Konzessionen an die politischen Lager links der Union gemacht, wie zum Beispiel beim Mindestlohn, beim Atomkraftausstieg oder bei der freigegebenen Abstimmung über die »Ehe für alle«. Sie hat damit aber weite Teile des rechten Flügels ihrer Partei und ihrer Wählerschaft verprellt, die sich in der AfD eine neue politische Heimat gesucht haben.

Der Justizapparat in Sachsen ist seit der Wende klar CDU-dominiert. Ein christdemokratisches Parteibuch war hier Garant für eine schnelle Karriere. Viele Entscheidungen und Handlungsweisen der sächsischen Justiz, Stichworte: die massenhafte Funkzellenabfrage beim »Dresdner Handygate« oder der Verfolgungseifer gegen Antifaschisten wie Tim H. oder Pfarrer Lothar König usw., vermitteln den Eindruck einer nicht nur vereinzelt erzkonservativen Grundhaltung. Krönendes Beispiel: Auf Platz zwei der AfD-Landesliste für die Bundestagswahl steht Jens Maier, Richter am Dresdner Landgericht. Im Januar, bei den sogenannten Dresdner Gesprächen der »Jungen Alternative«, als Höcke in seiner Rede eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« forderte, schwadronierte Maier von der Beendigung des »Schuldkults« und von »Umvolkung«, lobte die NPD und relativierte später die Taten des rassistischen Massenmörder Breivik.

Wofür braucht die im Rest der Bundesrepublik mehrheitlich als rechts- bzw. nationalkonservativ wahrgenommene sächsische CDU überhaupt noch eine AfD?

Es ist ein bisschen wie mit dem Besen und dem Zauberlehrling. Die faktische Staatspartei CDU dominiert sehr stabil seit 27 Jahren die Landespolitik in einem konservativ-autoritären Stil, auch bekannt als »sächsische Demokratie«. Damit ist eine starke Fixierung auf eine kollektive regionale Identität verbunden, die bekanntlich schon viel braunes Wasser auf die Mühlen der NPD leitete. Jetzt hat die AfD einiges von der NPD und ihrem Wählerpotenzial

»geerbt« und steht mit dem von ihr verfochtenen nationalen Wettbewerbsstaat auf völkischer Grundlage noch deutlich rechts von der CDU und Merkels »marktkonformer Demokratie«. Intern wird in den Machtzirkeln der sächsischen CDU längst darüber diskutiert, ob und wann man gegebenenfalls mit der AfD parlamentarisch zusammengeht. In Sachsen könnte das schon nach der nächsten Landtagswahl 2019 passieren.

Es gilt als erwiesen, dass viele Wähler, die sich von der etablierten Politik ignoriert fühlen, für die AfD votieren. Klammern diese die neoliberalen Konzepte der AfD in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einfach aus, unter der vor allem sie selbst zu leiden hätten?

In der Tat mobilisiert die AfD viele bisherige Nichtwähler und dort besonders diejenigen, die im erbarmungslosen Konkurrenzkampf nicht mithalten können oder wollen. Die Partei setzt aber keineswegs nur auf Neoliberalismus, sondern propagiert ziemlich geschickt eher eine wohlfahrtschauvinistische Politik, allerdings nur für »richtige« Deutsche und mit abgeschotteten Grenzen. Viele Menschen fühlen sich von dieser »exklusiven Solidarität« angesprochen und adressieren deshalb ihre Frustration, Wut und Enttäuschung über die politischen Zustände in diesem Land an die AfD. Es ist zwar politisch obszön, aber wahlkampfaktisch durchaus geschickt, wenn die rechte Partei in Sachsen plakatiert: »Ernst Thälmann würde AfD wählen!«

Was kann die Linkspartei tun, um das weitere Erstarren der Rechten zu verhindern?

Der Aufstieg der »neuen Rechten« symbolisiert die Krise und partiell das Versagen der linken Kräfte in den letzten Jahrzehnten. Hier ist auch Die Linke verstärkt gefordert, nicht zuletzt mit einer selbstkritischen Bewertung ihrer bisherigen Regierungsbeteiligungen. Neben dem aktiven Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – den ich für unsere Partei als selbstverständlich voraussetze – müssen vor allem die sozialen Ursachen der Ängste, der Enttäuschungen und der Wut genauer verstanden und entschiedener bekämpft werden. Ich kann mich durchaus mit der Forderung nach einer »Neuen Klassenpolitik« anfreunden, die nach dem Bestseller von Didier Eribon »Rückkehr nach Reims« allenthalben erklingt. Definitiv muss die Linkspartei die soziale Frage noch offensiver, radikaler und emotionaler aufgreifen und für positive Veränderungen kämpfen.

Hintergrund: AfD und Neonazis

Ein Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl am Sonntag könnte auch anderen rechten Gruppen, Netzwerken und Publikationen neue politische Spielräume eröffnen. Die Spitzenfunktionäre der Partei gehen zwar derzeit offiziell auf Distanz zu extrem rechten Gruppierungen. Doch Kontakte und Sympathien bestehen. Da wäre zum Beispiel der Bundesvorsitzende der »Jungen Alternative« (JA), Markus Frohnmaier. Bis Ende 2016 war er Pressesprecher der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry. Aktuell ist Frohnmaier Sprecher der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel und kandidiert für den Bundestag. Bei einer Demonstration in Erfurt 2015 hatte er geäußert: »Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem

Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde!« Solche Sätze gehören zu seinem Repertoire. Auf die Frage eines Reporters, ob ihm die gewaltbereite »German Defence League« oder Die Grünen lieber seien, antwortete er kürzlich: »Die German Defence League« – eine lupenrein rechtsextreme Gruppierung (*Neon*, Ausgabe 9/17). Das Magazin *der Spiegel* ist für ihn: »linksex-trem«.

Von einem Aufmarsch der AfD in der vergangenen Woche in Jena berichtete Theresa Lauß, Mitarbeiterin von »Ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen« auf dem Portal *thüringen24.de*. Sie erklärte, dass bei der Kundgebung, an der auch Alice Weidel teilnahm, der Journalist Jan-Henrik Wiebe und die Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss (Die Linke) von Demonstrationsteilnehmern tätlich angegriffen worden seien. Außerdem hätten AfD-Demonstranten Neonazi-parolen, darunter das antisemitische »U-Bahn-Lied«, skandiert, so Lauß. »Die gezielte Einschüchterung von politischen Gegnerinnen muss als Strategie der AfD verstanden werden«. Das zeige sich nicht nur in ihrer außerparlamentarischen Arbeit. »Mit kleinen und großen Anfragen in den Parlamenten werden gezielt Personendaten von gegen rechts engagierten Menschen abgefragt und unliebsame Organisationen, Vereine, Bündnisse und Projekte ausgeforscht und diskreditiert«. Das erinnere teilweise an die klassische »Anti-Antifa«-Arbeit, so Lauß.

Vor den Rechten warnen auch Vertreter der von den ehemaligen Häftlingen der Konzentrationslager gegründeten Interessenverbände in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung. »Besonders unerträglich für uns ist der Erfolg der AfD in Deutschland, die mit Islam- und Fremdenfeindlichkeit sowie weiteren rechten Positionen ein bedrohlich großes Wählerpotential erreichen kann. Ihre Vertreter bezeichnen die Gedenkkultur an die nationalsozialistischen Verbrechen als Zeichen der Schande und fordern ein Ende der »politischen Korrektheit«, warnen die Nazigegner darin. (bern)